

# In der Stadt steigen die Strompreise

Das Zürcher Elektrizitätswerk verdient weniger und muss trotzdem in die Zukunft investieren. Dank einer Tarifierhöhung sollen jährlich 60 Millionen Franken mehr in die Kassen fließen.

## Von Peter Aeschlimann

Zürich - Strom vom Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) ist sehr günstig. Möglich machen dies eigene Kraftwerke, Beteiligungen an Anlagen im In- und Ausland sowie der lukrative Handel mit überschüssigen Kilowattstunden. Und nicht zuletzt die Tatsache, dass das EWZ der Stadt gehört. Die Boni fließen also nicht ins Portemonnaie eines Direktors, sie kommen den Verbrauchern zugute: Seit 2008 zieht das EWZ seinen Kunden 15 Prozent des Rechnungsbetrags ab. Man wirtschaftete in der Vergangenheit so gut, dass jährlich Rückstellungen in dreistelliger Millionenhöhe getätigt werden konnten. Diese fetten Jahre sind nun aber vorbei: Erstmals muss das EWZ 22 Millionen Franken den Reserven entnehmen, um der Stadt die ihr fürs Jahr 2010 zustehenden 72,1 Millionen abzuliefern - das entspricht 9 Prozent des Umsatzes.

Darum soll ab 2012 der Strom teurer werden. Seit 20 Jahren seien die Preise stets gesunken, jetzt müsse man erhöhen, sagte Stadtrat Andres Türlér (FDP) gestern vor den Medien. Konkret heisst das: Mieter einer Vierzimmerwohnung bezahlen künftig durchschnittlich 73 Franken mehr pro Jahr (397 Franken) für das günstigste EWZ-Produkt «Mix-

power» (unzertifizierte Wasserkraft und Atomstrom). Der standardmässig gelieferte «Naturpower»-Strom kostet 86 Franken mehr (422 Franken) und Bezüger der umweltfreundlichsten Variante «Ökopower» erhalten eine um 66 Franken höhere Rechnung (499.50 Franken). Damit das EWZ auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt, habe man dem Gemeinderat diese «Anpassung der Tarife» beantragt, so Türlér.

Als Grund nannte der Vorsteher der Industriellen Betriebe Mehrkosten von 120 Millionen Franken, an denen sich die EWZ-Kunden mit 60 Millionen beteiligen sollen.

Die gestiegenen Kosten haben drei Ursachen: Seit im Januar 2008 neue eidgenössische Stromgesetze in Kraft getreten sind, bezahlt das EWZ Beiträge zur Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und zur Sicherung der Versorgungssicherheit. Diese zusätzlichen Ausgaben hat das EWZ bisher nicht den Kunden weiterverrechnet, sondern aus den Reserven beglichen. «Das können wir nicht ewig so machen», sagte Türlér.

Als zweiten Grund nannte er die gestiegenen Kosten für die Stromproduktion. In den Kraftwerken der Stadt Zürich stünden grosse Investitionen an,

um für die zweite Hälfte der 80-jährigen Konzessionsdauer gewappnet zu sein. «Arbeiten an Staumauern und neue Turbinen kosten viel Geld, dafür halten die Anlagen weitere 40 Jahre», sagte Türlér. Schliesslich nannte er die sinkenden Erträge in der Vermarktung des Produktionsüberschusses. Dies sei vor allem auf purzelnde Strompreise und den tiefen Euro zurückzuführen.

## Bonus soll es weiter geben

Die Erhöhung der Tarife erhalte der Stadt die Gestaltungsfreiheit in der Energiepolitik, sagte Türlér. Ziele sind der an der Urne beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie und die Etablierung einer 2000-Watt-Gesellschaft. Um diese zu erreichen, braucht es Investitionen in alternative Energien. «Die tragischen Ereignisse in Japan haben gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind», so Türlér.

Am Bonussystem für seine Kunden hält das EWZ fest. 2011 beträgt der Bonus noch 15 Prozent, danach für zwei Jahre 10 Prozent. Nach Inkraftsetzung der neuen Tarife soll der Bonus vom Jahresgewinn abhängen. Geplant ist 1 Prozent pro 10 Millionen Franken Jahresgewinn. Die Weisung wird nun im Gemeinderat behandelt. Der Entscheid untersteht dem fakultativen Referendum.

## Reaktion des Gewerbeverbands

### «Das ist nicht seriös»

Zürich - Die geplante Tarifierhöhung trifft auch das Gewerbe. Betriebe müssen monatlich 20 bis 530 Franken mehr für EWZ-Strom bezahlen. «Das macht uns nicht wirklich Freude», sagt Richard Späh, der Präsident des Stadtzürcher Gewerbeverbandes. Es dürfe nicht sein, dass man gegenüber dem Ausland oder der inländischen Konkurrenz benachtei-

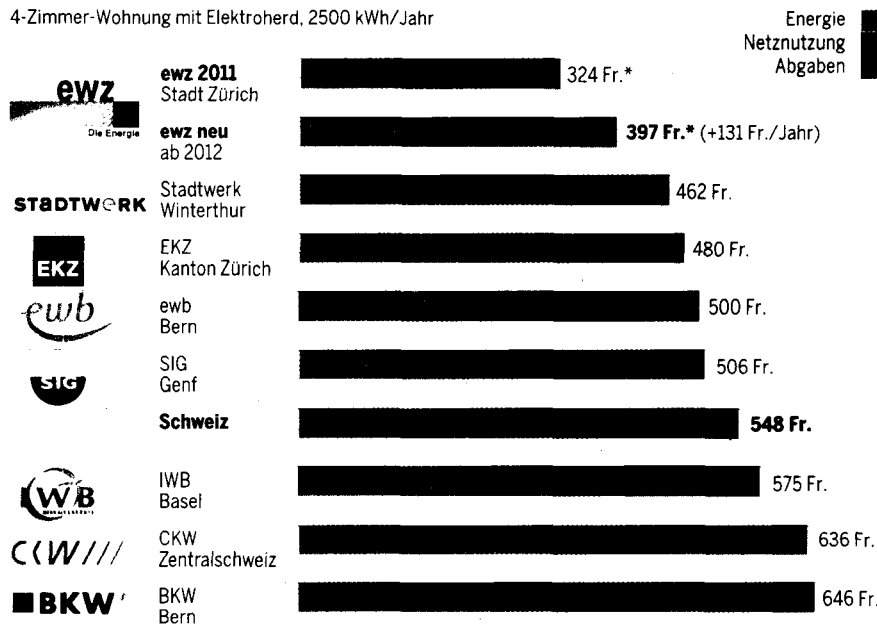
ligt werde. «Ressourcen schonen ja, aber es muss wirtschaftsverträglich sein.» Komme der Motor ins Stottern, gingen Stellen und Ausbildungsplätze verloren.

Wenn Zürich bis 2035 den Atomausstieg anpeilen wolle, müsse laut Späh sofort ein Abbau von behördlichen Auflagen und Bürokratie erfolgen. «Damit Solar-

zellen auf dem Dach nicht von ein paar Stadtästheten verhindert werden können.» Späh hält es überdies für einen «eigenartigen Zufall», dass das EWZ im Jahr 2008 noch die Preise gesenkt hat. Just als es um die Abstimmung über die 2000-Watt-Gesellschaft ging. «Investitionen sollten doch langfristig geplant werden. Sonst ist das nicht seriös.» (pa)

## Stadt Zürich ist immer noch günstiger als die Konkurrenz

4-Zimmer-Wohnung mit Elektroherd, 2500 kWh/Jahr



TA-Grafik ek / Quelle: Stadt Zürich, Departement der Industriellen Betriebe

\* Günstigste Variante mit Atomstrom